

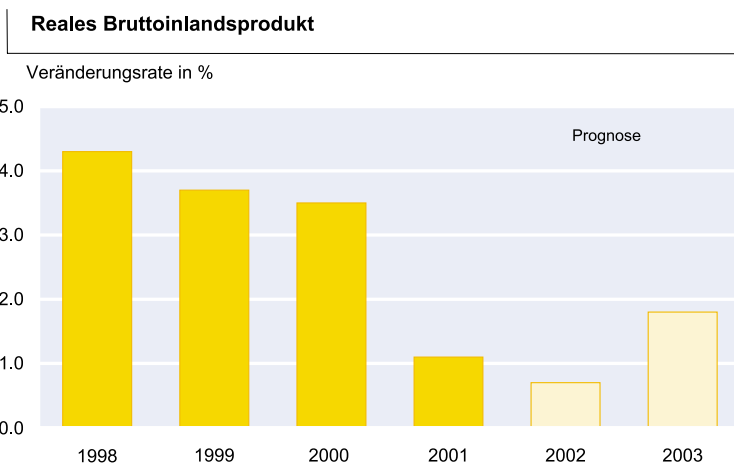
Konjunktur 2002 knapp an einer Rezession vorbei. Allmähliche wirtschaftliche Erholung 2002. Leichte Verlangsamung des Aufschwungs 2003. Geldpolitik stimuliert bis ins Jahr 2003 hinein. Finanzpolitik wieder mehr konsolidierungsorientiert. Einkommenspolitik (Poldermodell) in Schieflage. Verlangsamung der Inflation. Immer noch günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor Überschüsse in der Leistungsbilanz.

Im politischen und sozialen Umfeld sind, neben dem in Schieflage geratenen »Poldermodell«, die Parlamentswahlen vom Mai 2002 sowie die hieraus hervorgegangene neue Regierungskoalition die herausragenden Ereignisse der jüngsten Zeit.

Die Parlamentswahlen vom Mai 2002 sind sowohl vom Ergebnis als auch vom Vorfeld her ungewöhnlich verlaufen. Im April war die seit acht Jahren regierende »violette Koalition« aus Sozialdemokraten (PvdA), Rechtsliberalen (VVD) und Linksliberalen (D'66) unter Ministerpräsident Wim Kok zurückgetreten. Als Stolperstein erwies sich die harte Kritik der Öffentlichkeit an dem Verhalten einer niederländischen Armeeeinheit bei einem Blauhelmeinsatz in Bosnien vor sieben Jahren, deren Verantwortung diese Regierung zu tragen und wofür sie nun die politischen Konsequenzen zu ziehen hatte. Unmittelbar darauf brach unter den Koalitionären ein erbitterter Profilierungskampf aus, verbunden mit gegenseitiger parlamentarischer Blockade – nicht unerwartet, hatte deren Zusammenhalt doch bereits 2001 deutliche Risse bekommen, als man sich

über verschiedene Punkte (u.a. die weitere Privatisierungspolitik) nicht einigen konnte. Hinzu kam ein Weiteres. Wenige Wochen zuvor entstand gleichsam aus dem Nichts eine Partei, die Liste Pim Fortuyn (LPF), welche allerdings auch jetzt noch mehr Bewegung ist als Partei und die rasch große Popularität erlangte. Ihr Gründer, Pim Fortuyn, ein charmanter, rechtslastiger Populist und Neuling in der Politik hatte mit seinen die Sorgen der Bevölkerung klar ansprechenden, die tradierte Konsens-Kultur ignorierenden und das politische Establishment heftig attackierenden Thesen breiten Widerhall gefunden. Denn offensichtlich war der Abstand zwischen Wählern und Gewählten zu groß, waren die Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung, im Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen, der Justiz sowie in der Ausländerpolitik vom Kabinett Kok trotz seines insgesamt beeindruckenden Erfolgsausweises nicht energisch genug angegangen worden. Pim Fortuyn wurde wenige Tage vor der Wahl Opfer eines politischen Attentats.

Bei den Wahlen am 15. Mai 2002 errang seine Protestpartei LPF 17% der Stimmen und 26 der 150 Parlamentsmandate. Zu den Gewinnern zählt auch der bis in die neunziger Jahre hinein als tragende Kraft der niederländischen Politik agierende, aber auch nach acht Jahren auf der Oppositionsbank innerlich noch nicht wieder gefestigte Christen Demokratisch Appel (CDA). Er legte kräftig auf 43 Sitze zu und stellt mit Abstand die meisten Abgeordneten. Die bisherigen Regierungsparteien verbuchten hingegen herbe Verluste. Die Partij van de Arbeid (PVDA) sowie die linksliberalen Demokraten '66 (D'66) verloren fast die Hälfte ihrer Wähler und Volksvertreter. Relativ glimpflich, wiewohl mandatsmäßig auch erheblich reduziert, kam die liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) davon.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Im Juli wurde die neue Koalitionsregierung aus CDA, LPF sowie der widerwillig mitmachenden VVD unter dem sich konsensualen Traditionen verpflichtet fühlenden Premierminister Balkenende vereidigt. Sie hat mit 92 Sitzen zwar eine komfortable Mehrheit in der Zweiten Kammer, steht jedoch auf schwachen Beinen. Neuralgischer Punkt ist die nach dem Tode ihres Gründers zerstritten und führungslos dastehende sowie rasch an Popularität verlierende LPF. Noch während der Koalitionsverhandlungen war sie von Spaltung bedroht, und die Parlamentsfraktion handelt ziemlich unabhängig von der vollkommen ungefestigten Partei. Als die »violette Koalition« etablierter Parteien 1994 als ganz neue und durchaus inhomogene Konfiguration antrat, wurde ihr überwiegend kein langes Leben prophezeit. Und doch hat sie zwei Legislaturperioden lang insgesamt erfolgreiche Arbeit geleistet.

Die Gewerkschaften haben gegen die neue Regierung bereits Front gemacht. Deren Dachverband FNV kündigte harten Widerstand an, sollten Einsparungen im Budget und harsche Abstriche am sozialen Netz den sozialen Frieden und das tradierte Miteinander der Sozialpartner stören. Da die Regierungsparteien in Fragen der Sozialpolitik zerstritten sind und im Koalitionsabkommen nur mühsam zu einer Übereinkunft fanden, könnten die Gewerkschaften als Spaltpilz des Regierungsbündnisses wirken.

Die nun 20 Jahre alte konsensuale Einkommenspolitik, als »Poldermodell« wegen ihrer großen Erfolge auch außerhalb der Niederlande vielfach bestaunt und auf ihre Vorbildfunktion hin geprüft, befindet sich seit einigen Jahren in einer Schiefelage. Preis- und Lohnentwicklung laufen seit 2001 aus dem Ruder. Die öffentlichen Haushalte weisen wieder Defizite aus. Die Arbeitnehmerseite fühlt sich durch die seit längerer Zeit nach anglo-amerikanischem Vorbild vielfach stark überhöhten Bezüge von Unternehmensführungen provoziert. Ob die Beteiligten, vor allem aber die Regierung, die Kraft haben, das Modell im Konsens auf den bewährten Stabilitäts- und konsolidierungspolitischen Pfad zurückzuführen, ist offen. Grundsätzlich sind indes bei der im Lande verbreiteten Neigung, Probleme möglichst einvernehmlich zu lösen, die Chancen für eine Neubelebung des »Poldermodells« nicht schlecht.

Wirtschaftspolitisch steht mit dem Abgleiten der öffentlichen Haushalte ins Defizit eine Gratwanderung bevor zwischen forcierter Konsolidierung der Staatsfinanzen einerseits, und deutlich höheren Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für die Verbrechensbekämpfung andererseits. Hinzu kommt die Einlösung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Steuerentlastungen. Zur Gegenfinanzierung will man die Zahl der Invalidentner deutlich senken (was zur dringend erforderlichen Anhebung des Arbeitskräftepotentials beitragen würde), die Finanzierung des Gesundheitswesens reformieren und die Bürokratie ein-

schränken. Nochmals verschärft wird die Einwanderungspolitik, wobei man der vollen Integration bereits Zugewanderter Vorrang gibt vor neuer Einwanderung. Die Probe aufs finanzpolitische Exempel kommt schon bald mit dem Staatshaushalt 2003. Allerdings ist mit einem Abgehen von der grundsätzlich konsolidierungsorientierten Linie nicht zu rechnen, solange die VVD in der Regierung sitzt, die mit dem langjährigen Finanzminister Zalm einen neuen Vorsitzenden und Fraktionschef bekommen hat. Angesichts der schwachen Fundierung des Kabinetts ist eine wirtschaftspolitische Vorausschau allerdings mehr Spekulation als Prognose.

Wirtschaftsentwicklung 2001

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich wie folgt dar: In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In Japan gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In Westeuropa nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6 und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,40 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr davor. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr auf Dollarbasis um rund 7%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

In den Niederlanden hat sich die konjunkturelle Expansion trotz insgesamt deutlich anregender Wirtschaftspolitik zunächst verlangsamt. Ab der Jahresmitte stagnierte sie. Anders als in der EU insgesamt kam es im vierten Quartal nicht zu einem Rückgang. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich nur noch um 1,1% nach 3,5% im Jahre 2000. Dabei hat die Inlandsnachfrage erneut zugenommen, während die Ausfuhr laufend zurückging. Auch die Lager wurden abgebaut. Die Bruttoanlageinvestitionen sind etwas gesunken. Privater sowie – vor allem – öffentlicher Verbrauch tendierten hingegen deutlich aufwärts. Die Beschäftigung ist deutlich verlangsamt gestiegen. Vor allem die unter konjunkturellen Gesichtspunkten unglücklich terminierte kräftige Anhebung indirekter Steuern führte zunächst zum sprunghaften Anstieg der Preise, der erst im späteren Verlauf allmählich nachließ. Die Leistungsbilanz wies wieder einen hohen Überschuss aus.

Beim privaten Konsum lief die starke Expansion der Jahre 1996/2000 trotz der kräftigen Einkommensteuersenkung aus. Denn die Reallöhne haben gegenüber 2000 fast stagniert. Auch dämpften die langsamer wachsende Beschäftigung und die ansatzweise Entspannung auf dem Arbeits-

markt den Schwung. Zudem ist mit den empfindlich gesunkenen Aktienkursen das zur Verschuldung verleitende Wohlstandsgefühl sehr viel weniger ausgeprägt gewesen als in den Vorjahren, in denen sich die Niederländer im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich auf den Aktienmärkten engagiert hatten. Ferner ist mit den Schulden der Konsumenten (Verbraucher Kredite und Hypotheken, oft genug auch zur Finanzierung von Wertpapierspekulationen oder Verbrauch) auch der Schuldendienst drückender geworden. Außerdem ist die Sparquote gemäß EURO-STAT gegenüber 2000 um $2\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 15,8% gestiegen, was seine Entsprechung im stark eingetrübten Konsumklima fand. Und schließlich strafften die Kreditinstitute ihre Standards bei Hypotheken und Verbraucherkrediten, nachdem diese während der vorangegangenen Jahre unter dem Druck des Wettbewerbs lasch geworden waren. Die Hochkonjunktur bei langlebigen Gütern brach ab. Mit fast 16% sank der Absatz neuer Pkw besonders ausgeprägt. Der Staatsverbrauch nahm in Abweichungen von den Budgetvoranschlägen um 3,6% und damit deutlich rascher zu als in den beiden Vorjahren. Das Geld ging vornehmlich in die krankenden Bereiche Bildung, Gesundheit und innere Sicherheit.

Die Bruttoanlageinvestitionen haben sich im Verlauf sehr langsam und gegenüber 2000 um 1,1% verringert. Während der öffentliche Bau weiter ausgeweitet wurde, sind der Wohnungsbau um $\frac{3}{4}$ % und die gewerblichen Investitionen um $2\frac{1}{4}$ % gesunken. Beim Wohnungsbau resultiert der Rückgang unter anderem aus einer zunehmenden Unsicherheit der privaten Haushalte bezüglich der wirtschaftlichen Perspektiven, aber auch in der restriktiv gehandhabten Ausweisung von Bauland durch die Behörden. Bei Bürobauten wirkte der beträchtliche Überhang retardierend, und bei den Ausstattungsinvestitionen drückten besonders die sich laufend verschlechternden Exporterwartungen und damit die ungünstigeren Absatz- und Ertragsaussichten auf das Investitionsklima. Auch ist die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie stetig gesunken und lag zuletzt etwas unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen ist um 1,1% gestiegen – nach 9,5% im Jahre 2000. Die Zunahme resultiert aus einem beträchtlichen Überhang zu Jahresbeginn. Denn im Verlauf haben sich die Auslandslieferungen ab dem zweiten Quartal laufend und deutlich verringert, obwohl der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar sehr günstig blieb. Ursache war die weltwirtschaftliche Flaute im Allgemeinen sowie die konjunkturelle Abkühlung in Westeuropa – hierhin gehen etwa vier Fünftel des Warenexports – im Besonderen. Bremsend wirkten auch die doppelt so stark wie im Durchschnitt der EU gestiegenen Lohnstückkosten. Und schließlich wirkte der Abschwung des internationalen Lagerzyklus retardierend, der u.a. die stark ausgebaute Grundstoffchemie erheblich tangierte. Die Einfuhr, bei ei-

ner Exportquote von 67,5% (2001), besonders eng mit der Ausfuhr korreliert, nahm um 1,2% zu. Die Leistungsbilanz wies bei leicht verbesserten Terms of Trade mit 5,2% des BIP einen gegenüber dem Vorjahr fast unveränderten Überschuss aus.

Der Arbeitsmarkt erwies sich neuerlich als Nachläufer der Konjunktur insofern, als sich die Beschäftigungszunahme im zweiten Halbjahr allmählich verlangsamte und die Arbeitslosenquote ab dem zweiten Quartal konstant blieb. Die vor allem bei qualifizierten Kräften vielfach bestehenden Knappheitserscheinungen haben sich allerdings kaum verringert. Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosenquote weiter auf 2,4% (2000: 2,8%). Das war nach Luxemburg die niedrigste Rate in der EU.

Ausgelöst durch die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 17,5 auf 19% und die weitere Erhöhung der »Ökosteuer« auf Energie erfuhr die Inflation während der ersten Monate einen kräftigen Schub. Die zunächst noch recht lebhaft Konjunktur ermöglichte zudem vielfach die fortgesetzte Überwälzung der im Vorjahr so kräftigen Verteuerung der Importe auf die Verbraucherpreise. Hinzu kamen die Auswirkungen der BSE- und MKS-Krisen. Und schließlich sind die Lohnstückkosten erheblich schneller als die Produktivität gestiegen. Im Schnitt des Jahres lagen die Konsumentenpreise um 5,1% über dem Niveau des Jahres 2000. Das war mit weitem Abstand die höchste Teuerungsrate in der EU. Zuletzt hatte der Preisanstieg 1982 mehr als 5% betragen.

Wirtschaftspolitik

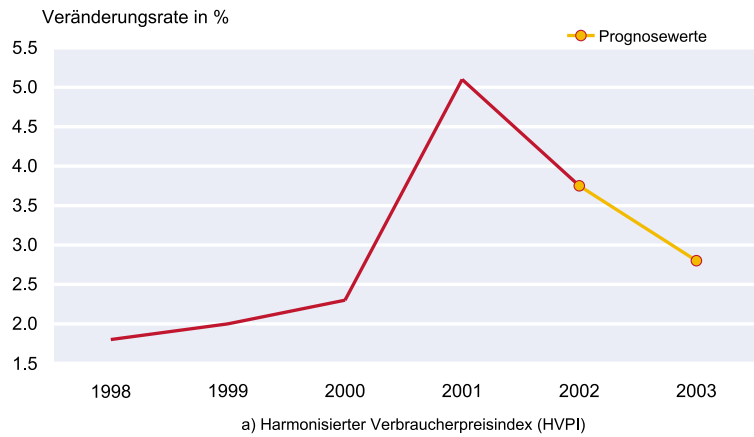
Vom der Wirtschaftspolitik gehen im laufenden Jahr weiterhin Anregungen auf die Konjunktur aus. Im Gegensatz zu 2002, als diese überwiegend von der Finanzpolitik kamen, beginnen jetzt die kräftigen Lockerungen der Geldpolitik voll zu wirken. Die Finanzpolitik ist hingegen auf eine sehr viel weniger expansive Linie gegangen. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wird erst ab dem Herbst den Schwung der Ausfuhr allmählich dämpfen. 2003 stützt die monetäre Politik zunächst noch die Konjunktur, die Finanzpolitik geht vermutlich auf konjunkturneutralen Kurs, und die weitere Euro-Aufwertung macht sich zunehmend bemerkbar, wenngleich sie vermutlich noch keine ernsthafte Gefahr für die Exportentwicklung darstellen wird. Insgesamt ist eine etwa konjunkturneutrale wirtschaftspolitische Linie absehbar. Allerdings steht diese Prognose angesichts der auch in finanzpolitischer Hinsicht nicht sehr geschlossen wirkenden Regierungskoalition und des noch nicht wieder auf Kurs gebrachten »Poldermodells« auf ziemlich wackeligen Beinen.

Die Finanzpolitik wirkt auch heuer wieder mittels Steuerentlastungen expansiv, wenn auch in einem sehr viel gerin-

gerem Maße als 2001. Da sich infolge der sehr viel schwächer als erwartet expandierenden Wirtschaft ungeplante Ausgabenerhöhungen und Einnahmeausfälle abzeichnen, ist die Zeit während der Konsolidierungsperiode der Jahre 1999/2001 mit Haushaltsüberschüssen zu Ende. Die erst im Dezember 2001 in Absprache mit der EU revidierten Konsolidierungsziele (Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte von 0,4%) sind nicht mehr zu halten, auch weil die unterstellte Zuwachsrate des realen BIP obsolet geworden ist. Wahrscheinlicher ist ein Fehlbetrag in Höhe von ca. $\frac{3}{4}$ % des BIP und eine Staatsverschuldung, die nicht wie vorgesehen unter 50% des BIP gedrückt werden kann. Während der Legislaturperiode 2002/2006 sind weitere Steuerentlastungen bei gleichzeitigen Abstrichen an den mittelfristigen Ausgabeplänen in Höhe von 7 Mrd. € vorgesehen. Erst für 2006 ist ein Haushaltsüberschuss von 1% des BIP geplant. Wann, in welchem Umfang und wo Maßnahmen ergriffen werden, ist derzeit nicht zu beurteilen. Der Mitte September präsentierte Etat 2003 dürfte kaum weitere Steuerenkungen bringen, aber auch bei Ausgabenkürzungen vorsichtig verfahren – in einigen Bereichen wie Polizei, Gesundheitswesen und Schulen werden die Ausgabenansätze vielmehr deutlich höher ausfallen. 2003 dürfte die Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral wirken und einen neuerlichen Fehlbetrag in den öffentlichen Haushalten nicht vermeiden können. Schon jetzt einigte man sich darauf, etwa die Grundsteuer für natürliche Personen erst 2005 abzuschaffen. Zudem soll die vor wenigen Jahren eingeführte Zusatzabgabe auf Benzin über eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer an die Autofahrer zurückgegeben werden. Für Familien wurde ein einkommensabhängiger Kinderzuschlag in Form von Steuerermäßigungen vereinbart. Die Sanierung der überlasteten Berufsunfähigkeitsversicherung (WAO) soll vorangebracht werden, indem bereits 2003 die Anforderungen derart verschärft werden, dass der Zugang an Invalidenrentnern um 40% sinkt; nur wer für mindestens fünf Jahre arbeitsunfähig ist, wird noch rentenberechtigt sein. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind Kürzungen vorgesehen. Die Finanzprobleme im Krankenversicherungswesen sucht man mit dem sukzessiven Übergang auf einen von jedem Bürger zu entrichtenden Grundbetrag von 1 600 € pro Jahr (für Personen unter 18 Jahren zahlt der Staat die Prämie, auch jene werden einkommensabhängig subventioniert, die mehr als 5% ihres Einkommens für die Krankenversicherung aufwenden müssen) sowie differenzierteren Angeboten der Kassen und Versicherungen (niedriger Preis, geringe Leistung und umgekehrt) und mehr Konkurrenz zwischen diesen zu lösen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt weiter auf Preisstabilität ab. Sie stimuliert die Konjunktur

Konsumentenpreise a)



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

im laufenden Jahr spürbar. 2003 dürfte sie zunächst etwa konjunkturneutral, im späteren Verlauf jedoch leicht restriktiv wirken. Bereits im Mai 2001 hatte die EZB ihren zuvor restriktiven monetären Kurs gelockert, obwohl der Preischub noch nicht ausgelaufen war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße dienende Geldmenge M3 deutlich über dem Zielwert lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die geldpolitische Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Schlüsselzins in vier Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% gesenkt. Die hieraus resultierenden konjunkturstimulierenden Wirkungen werden sich erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden Leitzins in den USA und den nur sehr zögernd beginnenden Aufschwung in Westeuropa wird auch jetzt noch verschiedentlich Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gesehen. Zwar sind die Konsumentenpreise zuletzt (Mai 2002) im Vorjahresvergleich nur mehr um 1,7% gestiegen und die als Referenzwert für die Inflationserwartungen geltende Rendite der indexierten zehnjährigen französischen Staatsanleihen deutet auf eine Teuerungsrate von lediglich 1,5% p.a. hin. Aber die Kerninflationsrate liegt nach wie vor über 2%, und die Aussichten auf eine rasche Abschwächung derselben sind gering. Die Teuerungsrate (HVPI) dürfte im Euro-Raum heuer etwas über dem mittelfristig angestrebten Ziel der EZB von unter 2% p.a. liegen, da ab Juli Basiseffekte entfallen; im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2002 sind die Verbraucherpreise um 2,4% gestiegen. Damit würde das Inflationsziel nun zum dritten aufeinanderfolgenden Mal verfehlt, womit allmählich ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Zentralbank entsteht; diese hat denn auch erst kürzlich wieder vor Inflationsgefahren gewarnt. Auch steigt die Geldmenge M3 immer noch erheblich stärker als vorgesehen. Mit zuletzt (Juni) 7,1% liegt die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich nach wie vor weit über dem – auch für 2003 vor-

gegebenen – jahresdurchschnittlichen Ziel von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Weitere Zinssenkungen sind damit unwahrscheinlich geworden. Spätestens um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Die dürfte jedoch im Hinblick auf die weitere Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen; sollte es sogar zu einer ausgeprägten Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kommen, wäre allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Die aus dem geldpolitischen Schwenk resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur wären kaum vor dem Sommer nächsten Jahres zu erwarten. Schon früher macht sich hingegen die Aufwertung des Euro bemerkbar. Die EZB führte bis jetzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die ständigen Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte verschiedentlich mit kleinen Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist das Vertrauen in den Euro jedoch nicht zu festigen. Und es drängt sich die Änderung des monetären Referenzwertes, so man an einem solchen festhalten will, auf. Die Euro-Bargeldeinführung klappte technisch ziemlich reibungslos. Aber sie wurde von vielen Dienstleistungsunternehmen, darunter von zahlreichen Anbietern gehobener Gebrauchsgüter (Autos, Einrichtungsgegenstände etc.) zu massiven Preiserhöhungen genutzt. Die Konsumenten reagierten in den ersten Monaten auf diesen Gebieten mit deutlicher Kaufzurückhaltung. So meldeten beispielsweise Möbelgeschäfte und Küchenausstatter im ersten Quartal Umsatzrückgänge von 9% gegenüber dem ersten Vierteljahr 2000. Nach Angaben der niederländischen Notenbank wurde die Lebenshaltung allein durch die Einführung des Euro-Bargelds die nicht – wie zu Beginn dieses Jahres vermutet – um 0,5 bis 0,9%, sondern doppelt so stark verteuert.

Die Einkommenspolitik ist noch nicht wieder auf Kurs, wie vor allem die übermäßig stark steigenden Löhne zeigen. Und erst das Resultat der bald beginnenden Verhandlungen über ein neues, ab 2003 geltendes mehrjähriges Abkommen wird erweisen, ob das »Poldermodell« (so benannt nach dem Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen beim Bau, der Entwässerung und dem Urbarmachen von Eindeichungen) auch nur annähernd in der bisherigen Form Bestand haben wird. Grundsätzlich ist der Konsensgedanke nach wie vor lebendig, und man dürfte sich auch jetzt wieder als hinlänglich flexibel und innovativ erweisen, so dass gute Chancen zu einer Weiterführung bestehen mit einem besseren Ergebnis als 1998/2002. Ob und in welcher Form es zu einer Verlängerung des insgesamt sehr bewährten Sozialpaktes kommt, wird sich schon jetzt im Herbst erweisen und damit auch die – hoffentlich moderateren – Lohntarifverträge für 2003/2004 beeinflussen. 1997 war das korporativistische Konzept bis Ende 2002 verlängert worden; vor-

gesehenen war neuerliche Lohnzurückhaltung seitens der Gewerkschaften, weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Senkung der Steuer- und Abgabenlast seitens der Regierung, während die Unternehmer ihren Part leisteten in Form forcierter Weiterbildung der Mitarbeiter und für Arbeitszeitflexibilisierung im Sinne der Gewerkschaften aufgeschlossen waren. Doch nicht erst jetzt, sondern schon in den letzten Jahren lief das »Modell« aus dem Ruder insofern, als sich die Löhne spürbar stärker erhöhten, als in den Tarifverträgen festgelegt, die für den Anstieg der Real-löhne geltende Faustregel (sie sollen schwächer als in Deutschland steigen) deutlich verletzt und die Diskrepanz der Einkommenssteigerungen zwischen der Manager-Ebene und der breiten Masse der Arbeitnehmer untragbar groß wurde. Dadurch ist die allgemeine Vorstellung von sozialer Konvergenz zunehmend gesprengt worden. Der auf dem 1982 zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden geschlossenen »Akkord van Wassenaar« basierende langjährige Sozialpakt war lange europaweit als Vorbild bestaunt worden. Seine Umsetzung erfolgte in aufeinanderfolgenden mehrjährigen Abkommen. Und es gelang, die »Dutch disease« der siebziger Jahre zu überwinden und eine umfassende ökonomische Gesundung von der Leistungsbilanz über den Arbeitsmarkt und die Preisstabilisierung bis hin zu den öffentlichen Haushalten zu erreichen, die in dem weit über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Wirtschaftswachstum der neunziger Jahre sowie dem Erreichen nicht nur der Voll-, sondern der Überbeschäftigung gipfelte. Bereits im Herbst 1999 war das trilaterale Erfolgskonzept jedoch in eine schwere Krise geraten, die erst Anfang 2000 überwunden werden konnte. Dabei ging es nicht um Lohn- und Arbeitsmarktfragen, sondern um die Reform des Sozialsystems, wobei Gewerkschaften und Unternehmerverbände gegen die Regierung standen. Diese setzte sich schließlich durch und konnte ihre Einflussmöglichkeiten zu Lasten der beiden Partner ausweiten.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1/4% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 2 1/4%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 1%; in Deutschland beträgt die Zunahme knapp 3/4%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um rund 3%. Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volu-

men des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 3¹/₄% ausgeweitet werden.

In den Niederlanden begann die wirtschaftliche Erholung sehr verhalten. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm saisonbereinigt im ersten Quartal 2002 gegenüber dem letzten Vierteljahr 2001 nur um 0,2% zu – das schwächste Wachstum seit acht Jahren. Auch im zweiten Quartal dürften Nachfrage und Produktion schleppend gestiegen sein. Eine nennenswerte Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion ist jedoch im zweiten Halbjahr nicht zu erwarten. Hierauf weisen auch Klimaindikatoren hin. Dann sind zwar stärkere Anstöße von der Auslandsnachfrage zu erwarten, während die Wirtschaftspolitik – nun mit Schwerpunkt bei der Geldpolitik, bei weit weniger expansiver Finanzpolitik als 2001 – wesentlich schwächer stimuliert. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte 2002 gegenüber dem Vorjahr lediglich um knapp 3/4% expandieren. Die flauere konjunkturelle Erholung hat jedoch auch positive Seiten, indem sie zum Abbau der vielfältigen gesamtwirtschaftlichen Spannungen beiträgt, welche sich während der letzten Jahre aufgebaut haben. Das gilt vor allem für den Arbeitsmarkt und für die Preisentwicklung. Auf ersterem verschlechtert sich die Lage etwas, doch bleibt die Arbeitslosenquote im westeuropäischen Vergleich sehr niedrig. Der Preisaufrtrieb beruhigt sich allmählich, die Teuerungsrate ist aber immer noch ausgeprägt. Die Leistungsbilanz schließt neuerlich mit einem Aktivum.

Der private Konsum dürfte um etwa 1% expandieren. Während des Winterhalbjahrs hat er fast stagniert. Nachdem Dienstleistungsunternehmen und auch der Einzelhandel im gehobenen Segment (Automobile, Möbel etc.) die Euro-Bargeldeinführung vielfach zu weit überrissenen Preiserhöhungen genutzt hatten, hielten sich die Konsumenten mit Anschaffungen deutlich zurück, was beispielsweise den Ab-

satz von Einrichtungsgegenständen im ersten Quartal um 9% einbrechen ließ – wozu allerdings auch die Flaute im Wohnungsbau beitrug. Das auf der Grundlage von Verbraucherumfragen ermittelte Konsumklima hatte sich bis zum Frühjahr zwar deutlich verbessert, ist aber seitdem laufend ungünstiger geworden. Die weitere Erholung wird sich nur wenig beschleunigen, also ziemlich schwach bleiben, obwohl die Zinsen nach wie vor niedrig sind und sich die Reallöhne spürbar erhöhen. Aber die privaten Haushalte sind nach dem Konsumboom der Jahre 1996/2000 sehr gut mit langlebigen Gütern ausgestattet. Auch geht die Beschäftigung etwas zurück, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, und die Sparquote steigt neuerlich, was mit den als unsicher empfundenen Zukunftsaussichten zusammenhängt. Und schließlich fällt die Senkung der Einkommensteuer sehr viel geringer aus als 2001. Der Staatsverbrauch dürfte um ca. 2¹/₂% ausgeweitet werden, mit Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit, aber auch im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Die leichte Rezession bei den Bruttoanlageinvestitionen setzt sich trotz der immer noch günstigen Zinsen zunächst fort. Sie dürften – wie 2001 – um ungefähr 1% zurückgehen. In der verarbeitenden Industrie, wo sich der Geschäftsklimaindex bis zur Jahresmitte noch nicht überzeugend gegenüber dem Tief vom vierten Quartal 2001 erholt hatte, ist die Auslastung der Kapazitäten zunächst noch weiter unter den langjährigen Durchschnitt gefallen. Obwohl Produktionserwartungen und Auftragsbestände laufend günstiger beurteilt wurden, dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen erst ab Herbst allmählich zu erholen beginnen. Dies auch deshalb, weil hier ebenfalls während der Jahre bis 2000 überzogene Investitionen im IT-Bereich getätigt wurden. Von den vielen 2001 aufgeschobenen Investitionen im industriellen Bereich dürfte nur ein kleiner Teil realisiert werden. Eine Ausnahme bildet die Grundstoffchemie, wo verstärkt investiert werden soll. Die Bauinvestitionen sinken

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten
– in % –

	2000	2001 ^{p)} CPB	2002 ^{a)}			2003 ^{a)}		
			CPB ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	CPB ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	3,5	1,1	1,0	1,5	1,4	2,7	2,7	2,6
Inlandsnachfrage	3,1	1,2	1,3	1,5	1,7	2,8	3,1	2,7
Privater Verbrauch	3,8	1,2	1,7	2,1	2,2	2,5	3,4	3,1
Staatsverbrauch	1,9	3,6	2,5	2,0	2,2	1,8	1,7	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 0,5	3,4	2,4	2,4
Exporte ^{e)}	9,5	1,1	2,0	1,1	2,8	6,4	5,1	7,4
Importe ^{e)}	10,0	1,2	2,0	1,1	3,3	6,7	6,0	8,0
Industrieproduktion (ohne Bau)	3,8	- 0,7	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,3	5,1	3,6	3,5	3,4	2,8	2,2	2,4
Arbeitslosenquote	2,8	2,4	3,7	3,0	2,7	4,4	3,5	3,2
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	5,1	5,2	5,0	4,8	4,6	5,2	4,6	5,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	2,2	0,2	- 0,3	0,0	0,1	- 0,7	- 0,4	- 0,3

^{p)} Vorläufige Daten. – ^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Centraal Planbureau, s' Gravenhage, vom Mai 2002. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2002. – ^{e)} Güter- und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

ebenfalls, da der Wohnungsbau nochmals eingeschränkt wird – teils weil die Nachfrage nicht mehr ganz so stark ist, teils weil die Behörden mit der Ausweisung von neuem Bauland zurückhaltend sind –, und im gewerblichen Bau (u.a. Büroflächen) ausreichendes Angebot besteht. Allein die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand werden, dem langfristigen Konzept entsprechend, kontinuierlich ausgeweitet.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen ist im ersten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal weiter spürbar eingeschränkt worden. Das Bild ist jedoch insofern irreführend, als im Verlauf eine kräftige Erholung stattgefunden hat. Sie war allerdings schwächer als der Rückgang im vierten Quartal 2001, woraus sich die Abnahme bei quartalsweiser Betrachtung erklärt. Die Konjunktur in Übersee sowie – wenn auch weniger ausgeprägt – in Europa lässt ebenso wie die Klimaindikatoren auf eine Fortsetzung der Erholung schließen. Anregend auf den Export wirkt auch der allmähliche Wiederaufbau der Lagerbestände, wovon vor allem die stark ausgebaute Grundstoffchemie profitiert. Gegen Ende des Jahres wird die kräftige Aufwärtsentwicklung allerdings etwas gebremst. Denn die Lohnstückkosten steigen weit kräftiger als bei den wichtigsten Konkurrenten, was die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter verringert, und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar macht sich stärker bemerkbar. **Ex- und Import** dürften jeweils um ca. 1¹/₄% zunehmen. Die **Leistungsbilanz** weist bei spürbar verbesserten Terms of Trade mit ungefähr 5% einen Überschuss in der Größenordnung des Vorjahres aus.

Auf dem **Arbeitsmarkt** – das zeichnete sich schon während der ersten Monate ab – bleibt die Lage zwar immer noch sehr günstig. Auch kann der Bedarf vor allem an Fachkräften vielfach immer noch nicht gedeckt werden. Aber die Beschäftigung wird etwas abnehmen, und die Zahl der Arbeitslosen nimmt deutlich zu. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote auf gut 3% steigen – eine der niedrigsten Raten in Westeuropa. Die Zeitarbeit, eines der wichtigsten Instrumente der Arbeitsmarktflexibilisierung nimmt weiter zu. Andererseits ist, und das erklärt die Arbeitskräfteknappheit ganz wesentlich, die Erwerbsbeteiligungsquote mit 67% (2001) immer noch eine der niedrigsten in Westeuropa – der EU-Durchschnitt beträgt 70,7%. Es fällt außerordentlich schwer, diese anzuheben. Vielmehr ist bis zuletzt der Drang zur Berufsunfähigkeitsrente, die von fast 1 Mill. Menschen bezogen wird, stark geblieben.

Die **Konsumentenpreise** sind während der ersten vier Monate sehr rasch gestiegen, teils im Nachhall der abgeebbten Hochkonjunktur, teils begünstigt durch die Euro-Bargeldeinführung. Letztere wurde von zahlreichen Unternehmen des Dienstleistungssektors zu massiven Preiserhöhungen genutzt. Euro-Aufwertung, sinkende Energiepreise und schleppender Beginn des Aufschwungs ließen das Preisniveau anschließend zurückgehen. Im Schnitt des ersten

Halbjahrs errechnet sich gleichwohl eine Verteuerung der Lebenshaltung um 4,3%. 2002 dürften die Verbraucherpreise (HVPI) um ca. 3³/₄% über dem Niveau von 2001 liegen. Das wäre eine der höchsten Inflationsraten Westeuropas.

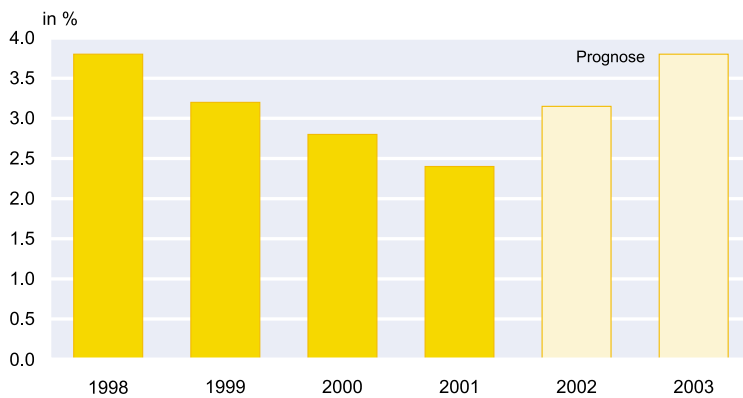
Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2¹/₄%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In den **Niederlanden** schwächt sich der Aufschwung im weiteren Verlauf des Jahres wieder etwas ab, bedingt durch die dann insgesamt konjunkturneutrale Wirtschaftspolitik sowie die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um etwa 1³/₄% expandieren, auch weil die Lager wieder aufgefüllt werden. Die kräftigsten Impulse kommen gleichwohl von der Ausfuhr, wenn auch im Verlauf schwächer werdend. Die Investitionskonjunktur kräftigt sich. Privater und öffentlicher Verbrauch nehmen spürbar zu. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich erheblich. Der Preisauftrieb geht weiter in Richtung auf den westeuropäischen Durchschnitt zurück, falls mit dem Tarifvertrag 2003/2004 eine Lohnmäßigung durchgesetzt wird. Die Leistungsbilanz schließt neuerlich mit einem hohen Überschuss.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen erhöht sich um etwa 5¹/₄%, also neuerlich langsamer als der Welthandel. Stimulierend wirkt das gegenüber 2002 stärkere weltwirtschaftliche Wachstum. Dieses verliert jedoch in den meisten westlichen Industrieländern allmählich an Dynamik infolge der nicht mehr stimulierenden Wirtschaftspolitik. Auch werden die Lieferungen in die USA und den übrigen Dollar-Raum von der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zunehmend gebremst. Andererseits wird ein Teil der aufwertungsbedingten Nachteile durch die gleichzeitige Verbilligung von Rohstoffen, Vorprodukten, Komponenten und vor allem Energieträgern kompensiert. Der Absatz in Europa erhöht sich kräftig, obwohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter abnimmt. Der **Import** dürfte um ungefähr 6¹/₄% ausgeweitet werden. Bei nochmals, wenn auch we-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

niger stark als 2002 verbesserten Terms of Trade wird die Leistungsbilanz wieder mit einem Überschuss in der Größenordnung von 5% des BIP abschließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren vermutlich um etwa 1³/₄%. Einen wesentlichen Part spielt hierbei die Überwindung der Rezession bei den Bauinvestitionen (hierauf entfallen etwa die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen). Das gilt in erster Linie für den Wohnungsbau. Hier ist der Bedarf nach wie vor groß, die Zinsen sind immer noch günstig, und die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen wieder etwas rascher zu. Außerdem beschleunigt sich der Abriss alter Häuser, von dem die Neubautätigkeit zunehmend abhängt. Eine Unsicherheit bildet jedoch das mittlerweile völlig überzogene Preisniveau bei Wohnimmobilien (während der Jahre 1999/2001 verteuerten sich Häuser sogar noch stärker als in England), wodurch die Gefahr eines Preisrutsches erheblich gewachsen ist. Der öffentliche Bau wird stetig ausgeweitet, mit Schwerpunkt Gesundheits- und Erziehungswesen. Die gewerblichen Bauinvestitionen nehmen wieder zu, weil die Leerstandsquoten bei Bürobauten langsam sinken und auch die Ausrüstungsinvestitionen allmählich anziehen. Denn die Auslastung der Kapazitäten verbessert sich nach und nach, die Krise im IT-Sektor wird sukzessive überwunden, und vielfach werden 2001 aufgeschobene Investitionen realisiert, vor allem um durch Rationalisierung und den Ersatz veralteter Anlagen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Der **private Konsum** wird um etwa 2% ausgeweitet. Zwar steigen die Reallöhne etwas schwächer als 2002. Aber die Beschäftigung erhöht sich gegen Jahresende wieder, es kommt erneut zu – freilich nur noch geringen – Steuerentlastungen, und nach dem mehrjährigen Anstieg sinkt die Sparquote wieder. Nachdem der Absatz dauerhafter Güter eine längere Schwächephase durchlaufen hatte, ist eine allmähliche Erholung zu erwarten, auch weil die Kreditzin-

sen günstig bleiben. Das gilt besonders für die in den Niederlanden besonders beliebten ABC-Produkte (Auto, Boot, Caravan). Auch Einrichtungsgegenstände verkaufen sich wieder besser, nachdem die Rezession im Wohnungsbau überwunden wurde. Der **Staatsverbrauch** dürfte mit 2¹/₄% nicht viel langsamer als im Vorjahr expandieren, auch weil der Personalbestand bei Polizei, Justiz, Gesundheits- und Bildungswesen aufgestockt wird.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** – Nachläufer der Konjunktur – wird im späteren Verlauf des Jahres von zunehmenden Spannungen geprägt sein. Das kommt besonders in der wieder wachsenden Knappheit an Fachkräften zum Ausdruck. Dann nimmt

auch die Beschäftigung allmählich zu. Die Arbeitslosenquote geht indes erst ab der Jahresmitte langsam zurück. Im Schnitt des Jahres dürfte sie bei reichlich 3³/₄% liegen.

Die Preisentwicklung bleibt maßvoll aufwärts gerichtet unter der Voraussetzung, dass man mit den Lohntarifverträgen 2003/2004 wieder zu stabilitätsorientierten Dimensionen zurückfindet. Von den Importpreisen geht weiterhin eine stabilisierende Wirkung aus, die von der konjunkturellen Entwicklung unterstützt wird. Da Anfang des Jahres jedoch ein relativ hoher Überhang besteht, dürften die **Konsumentenpreise** (HVPI) im Jahresdurchschnitt im etwa 2³/₄% steigen.

Abgeschlossen am 6. August 2002